

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Erscheint

wöchentlich 2 mal und gelangt Mittwochs und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementpreis pro Monat 40.00 M. frei ins Haus.

Durch die Postkonten und Briefträger bezogen 41.50 M.

Telegramm-Adresse: Zeitung.

Ansprecher Nr. 27.



Anzeigen

werden die schlagbaltene 8 mm hohe (Bettt)-Zeile oder deren Raum mit 2.50 M. berechnet; auswärts 8.00 M. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 4.— M. Verbindlichkeit für Platz-, Datenvorschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen auf Postkassenkonto Frankfurt a. M. Nr. 20771.

Annahmestelle für Offerten und Austunft beträgt 50 Pf. Zeitungsbefragen werden billigst berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer, Spangenberg • Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 124

Sonnag den 5. November 1922.

15. Jahrgang

Aus der Heimat

Spangenberg, den 4. November 1922.

Die leere Postkarte 80 Pfennig. Die Preise der Vordrucke der Post sind mit dem 1. November erhöht worden. 80 Pfennig kostet jetzt eine leere Postkarte. Postkarte, ein Postauftrag, eine Postanweisung und Zahlkarte. Doppelposten und Zustellungsurkunden kosten 1,60 M., der Postkarteibrief 30 M., zehn Scheckbriefumschläge 12 M., 100 M. kostet ein Scheckheft oder ein Ueberweisungsheft mit 60 Blättern sowie 100 Zahlungsanweisungen.

Rambach. Einen Unfall erlitt der Invalide R. von hier. Er hatte einen Wagen mit Stroh beladen. Als er vom Wagen absteigen wollte, kam er durch einen Fehltritt zu Fall und schlug mit der linken Seite auf die Wangengegend auf. Am folgenden Tag verspürte er heftige Schmerzen, sodass ein Arzt gerufen werden musste, der einen Rippenbruch sowie Rippenfell-Verletzung feststellte.

Cassel. Im Februar und März kamen in der Casseler und Spangenberg Gegend wiederholt erhebliche Unterbrechungen im Fernsprechverkehr vor. Die Untersuchung der Strecken ergab jedesmal, dass wertvoller Kupferdraht gestohlen war. Die Diebe wurden damals festgenommen. Jetzt standen sie vor der Strafkammer. Es waren drei jugendliche Arbeiter, denen im Laufe der Verhandlung drei Fälle nachgewiesen werden konnten, und zwar hatten sie auf der Strecke zwischen Wilhelmshöhe und Niederzwehren 600 Meter, zwischen Niederzwehren und Waldbau 650 Meter und auf der Strecke zwischen Walsfeld und Spangenberg 80 Kilogramm Leitungsdraht gestohlen. Unter Berücksichtigung der Gemeingefährlichkeit dieses Handelns erkannte die Strafkammer gegen den schon mehrfach vorbestraften Anführer der Bande auf zwei Jahre 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, gegen den Zweiten auf zwei Jahre Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust und gegen den Dritten auf ein Jahr Gefängnis. Der Fehler, ein Althändler aus der Karlsstraße, der den Kupferdraht regelmäßig angekauft hatte, wurde zu einem Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust verurteilt.

Vermischtes.

Der Mörder des amerikanischen Majors ein Amerikaner? Die Ermittlungen des Frankfurter Volksgerichts ergeben, dass ein 24 Jahre alter, früher amerikanischer Soldat namens Frank Johnson verdächtig ist, den Mordmordanschlag im Zusammenhang mit dem amerikanischen Major Sauerwein verübt zu haben.

Ein Flugzeug mit 6 Personen über den Groß-Plodner. Ein Junkers-Metalldoppeldeckerflugzeug hat am 1. November trotz Sturmwind zum ersten Male den Groß-Plodner und Großplodner mit der üblichen Besatzung von 6 Personen überflogen. Die Leistung ist um so beachtenswerter, da es sich um ein in ständigem Dienst befindliches Verkehrsflugzeug handelt.

Dänische Hilfe für den deutschen Mittelstand. In der Kopenhagener Zeitung „Nationaltidende“ forderte kürzlich Dr. Frederic Poulsen zu einer großangelegten Hilfsaktion für den deutschen Mittelstand auf. Er schlug vor, dass jede dänische Stadt eine deutsche Stadt adoptieren und durch monatliche Beiträge dazu helfen solle, der bittersten Not zu steuern. Dr. Poulsen teilt nun mit, dass er auf seinen Aufruf hin von verschiedenen Seiten bereits 250 000 Mark erhalten habe. Diesen Betrag habe er an die Mittelstands-Hilfe in Göttingen überwiesen. Außerdem seien ihm für eine notleidende Professorenfamilie 100 000 M. für einen Kaufmann habe er die Adresse von acht Familien verschafft, die dieser im Laufe des Winters mit je 5000 Mark monatlich unterstützen solle. Da die bisher geleistete Hilfe ausschließlich nach Göttingen gehe, wiederholt er seine Aufforderung an dänische Provinzialstädte, dass jede von ihnen eine deutsche Stadt in ihre besondere Fürsorge übernehmen solle. In Dänemark sei eine solche Hilfsaktion bereits im Gange.

Errichtung einer Hochschule für Leibeshilfen in Jena. Die Thüringer Regierung bereitet eine Landtagsvorlage vor, die die Errichtung einer Hochschule für Leibeshilfen im Anschluss an die Universität

Jena vorsteht. Mit den Lehrgängen der Hochschule für Leibeshilfen soll noch im Laufe dieses Winters begonnen werden. In Jena soll zugleich das Thüringer Landeslabor errichtet werden. Der Plan, dasselbe in Weimar aufzubauen, ist inzwischen wieder aufgegeben worden.

Naumburg an der eigenen Mutter. Im Kärntner wurde die 54-jährige Frau Anna Zinne ermordet. Am Tatort wurde eine Drahtschlinge und ein Hammer gefunden. Geraubt wurden 20 000 Mark. Als Täter kommt ihr 22 Jahre alter Sohn Willy in Betracht, der flüchtig ist.

Millionendiebstahl bei der Eisenbahndirektion Katowitz. Ein aus Galizien stammender Hilfsarbeiter der polnischen Eisenbahnverwaltung in Morzenow kehrte, nachdem ihm von der Eisenbahndirektion in Katowitz auf amtlichen Ausweis hin 34 Millionen polnische und 3 Millionen deutsche Mark ausgereicht worden waren, nicht zurück. Erst nach vierzehn Tagen fandete der Stationsvorsteher, da die Gelder für diese Station bestimmt waren, Anzeige. Die polizeilichen Ermittlungen haben bisher noch keine Spur von dem flüchtigen Beamten ergeben.

Mißhandlung eines Landtagsabgeordneten durch Deutschvölkische. In einer Versammlung in Würzburg bei Würzburg wurden der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Kochlein und der Parteisekretär Kern von Deutschvölkischen mißhandelt. Beide liegen schwer verletzt danieder.

Deutsche Kriegerfeier auf einem Pariser Friedhof. Wie schon in den Vorjahren auf den Pariser Friedhöfen Bagneux und Juvy, fand auch am diesjährigen Allerheiligentag auf dem Friedhofe Pantin eine eindrucksvolle Feier zu Ehren der in französischer Erde ruhenden deutschen Krieger statt, welcher die in Paris wohnenden deutschen Beamten und Angehörigen sowie die Vertreter der deutschen Presse mit ihren Angehörigen bewohnten. Die deutschen Kriegergräber sämtlicher Pariser Friedhöfe trugen Blumen schmück. Bei Einweihung eines Gedenksteines hielt Vorkämpfer Dr. Mayer eine Ansprache, in der er aller in französischer Erde ruhenden deutschen Krieger gedachte. Frau Vorkämpfer Dr. Mayer legte für die deutschen Mütter und Frauen einen Kranz nieder.

Die Steuernot.

in welche die Gemeinden durch die Erzbergerische Steuerordnung verfest worden sind, zwingt zu äußerster Anspannung der wenigen den Gemeinden verbliebenen Steuerarten. So sind schon vor zwei Jahren einzelne Gemeinden mit der Gewerbesteuer so hoch gegangen, dass manches Einkommen vollkommen wegsteuerert worden wäre, wenn sich nicht der Herr Finanzminister mit der Festlegung eines Höchstzuschlages von 3000% auf die staatlich verlangten Sätze ins Mittel gelegt hätte.

Auch in Spangenberg haben wir ja nun diesen Satz erreicht; plötzlich, ruckartig. Diese Steuerzettel waren schwere Einschläge. Da sagt sich jeder, den's angeht, dass da was nicht stimmt. Und man findet es bestätigt, wenn man der Sache auf den Grund geht. Betrachten wir uns einige Zahlen. Im Jahre 1914 wurden in Spangenberg aufgebracht: An Grundsteuern 2246 Mark, an Gewerbesteuern 2603 Mark.

Im Jahre 1921 waren es 14468 und 101 064 Mark. Also in 1914 1/4, mal soviel Gewerbesteuer als Grundsteuer, in 1921 aber schon 7 mal soviel. Nun kommt's noch besser. In 1922 soll das Spangenberg Gewerbe aufbringen: 1210 000 und der Grund und Boden 43 000 Mark Steuern. Das Gewerbe also jetzt 28 mal soviel als die Landwirtschaft.

Im Frieden — wie bereits gesagt — hatten beide Steuern ein beinahe gleiches Aufbringen. Wenn wir annehmen, dass die Spangenberg Industrie einige Leute mehr beschäftigt ist früher, wenn auch infolge der Geldentwertung teilweise große Umsätze erzielt werden, sehen wir nicht alle freudig deutlich grade jetzt vor uns, welche Werte aus dem Boden herausgeholt werden?

Welder Grund besteht, die Steuerunterschiede herbeizuführen, die früher nicht bestanden? Wenn die Stadt 1 300 000 Mark braucht, gut, dann mögen die umgelegt werden wie früher. Das würden sein: Circa 600 000 Mark Grundsteuer und 700 000 Mark Gewerbesteuer, 600 000 Mark, das sind ganze 100 Ztr. Frucht. Im Frieden, als 1 Ztr. Korn 9 1/2 Mark kostete, mussten die

Grundsteuern mit 2246:9—250 Ztr. Getreide bezahlt werden. Die Stadt verlangt heute nur 43 000 Mark. Das sind fünf Zentner Hafer. Ist das nicht schreiend?

Die Acker und Wiesen schämen sich selber, wenn ihre Besitzer nicht tun. Wie kommt solch eine Vesteuerung zustande?

Sehr einfach. Die Grundsteuer beruht in Mitpreußen auf einer Veranlagung von 1863. Im Bezirk Cassel soll sie sogar auf 1823 zurückgehen. Das Gewerbe wird alle Jahre neu veranlagt.

Nehmen wir an, die Friedenssteuer für 1 Acker Land betrug nach diesem Satze 0,70 M., so waren dafür in 1920 in Spangenberg z. B. 200 % zu bezahlen — 1,40 M., in 1921 1000 % = 7,— M., und in 1922 sollen bezahlt werden: 3000 %, das sind 21,— M. für der Acker, für denselben Acker, der mindestens 70 Zentner Kartoffeln — 21 000 Mark trägt.

Wären da 30 000 % zuviel? Das sind 210 Mark für den Acker. Das kann doch keiner sagen, der gerecht denkt. Bei der Gewerbesteuer kasselt man die Zuschläge. Um sozial zu wirken, kann man das ja bei der Grundsteuer auch machen. Der wenig Land hat, und wer für seinen Bedarf anbaut, sollte nicht soviel zahlen, als wie der, der zum Verkauf ausstellt. Bis 20 Acker könnten dann z. B. 20 000 % zahlen, über 100 Acker z. B. 40 000 %. Man stoße sich nicht an die großen Zahlen. Vorstehend ist ja gezeigt, wie unschuldig sie sind. Sie könnten jedenfalls den gerechten Ausgleich herbeiführen, der geschaffen werden muss, wenn nicht die Allgemeinheit die Folgen solch überführter Steuerumkehrungen spüren soll. Denn auf die Dauer läßt sich kein Gewerbebetriebs, kein Unternehmen, kein Kaufmann eine solche Veranbarung möchte man fast sagen, gefallen. In dieser ungewissen Zeit sollte man wahrlich jeden, der sich bereit findet, sein Unternehmen durchzubalzen, begünstigen, wie es nur irgend geht, statt ihn noch zu bestrafen. Die Gewerbesteuer ist die ungerechteste Steuer, die es nur geben kann. Gegen sie müssen alle Gewerbebetriebe ankämpfen, einerlei in welche Klasse sie gehören. Die Klasseneinteilung wird so wie so praktisch bald fallen. Die Geldentwertung bringt uns sicher dahin. Sind doch in manchen großen Städten schon alle Gewerbebetriebe aus den Klassen 4 und 3 in 1 und 2 aufgerückt. Im nächsten Jahre wird es auch hier so, es müßte schon jetzt so sein. Dann haben alle Handwerker, Fabrikanten, Unternehmer und Kaufleute dieselben Belange. Es gilt also schon jetzt Fühling zu nehmen und bereit zu sein. Zunächst muß die Steuer für dieses Jahr noch geändert werden. Sie ist nämlich — das mag zur Entschuldig für die hohen Sätze dienen — auf der Grundlage der Staatl. Veranlagung von 1921 errechnet, die betrug 9800 M. für die Klassen 1 und 2. Für 1922 beträgt sie aber 37 968 M. Man bekommt also viermal so viel, als man eigentlich haben wollte, heraus.

Als die Stadt die Zuschläge festsetzte, war die Veranlagung für 1922 noch nicht heraus.

Die Stadt Spangenberg kann eine Steuer nicht abschaffen, die ihr wie allen anderen Gemeinden zusteht, dazu ist die Geldnot zu groß. Aber es ist Sache aller Gewerbebetriebe im ganzen Reich dafür einzutreten, damit die Gewerbesteuer in aller Kürze ganz fällt, denn sie hemmt die Gütererzeugung mehr, als irgendeine andere Besteuerung. Die Grundsteuer hingegen nimmt nur einen Teil von dem, was der Boden unseres Vaterlandes, die allgütige Mutter Natur unter Menschenhänden in reicher Fülle gibt.

Beim Einkauf von Dachziegeln

verlange man ausdrücklich

AMBI-Dachziegel

AMBI-Dachziegel entsprechen allen Anforderungen, sind

wasserdicht, wetterfest, farbecht

Bezugsquellen weisen nach:

AMBI-Werke Abt. II/J. 52 Berlin SW 68

Kochstr. 18

Chronik des Tages.

— Auf Wunsch der Reparationskommission wird die Reichsregierung ihre Vorschläge für die Stabilisierung der Mark vorlegen.

— Das Kernstück der deutschen Vorschläge ist die Forderung nach einer Auslandsanleihe in einer Höhe von 500 Millionen Goldmark.

— Der englische Delegierte in der Reparationskommission, Bradbury, hat in einer Unterredung mit einem Vertreter der Regierung „drastische Maßnahmen“ zur Festigung der Mark als notwendig bezeichnet.

— Die Verabredung der Postgebühren tritt bereits am 15. November in Kraft.

— Die nächste Reichstags Sitzung findet nicht am 7. November statt, sondern voraussichtlich erst am 13. oder 14. November.

— Im Reichsministerium des Innern sind die Verhandlungen zwischen Hamburg und Preußen wieder aufgenommen worden.

— Der bayerische Ministerpräsident Graf Dethlefsen hat an den bayerischen Landtag ein Schreiben geschickt, in dem er seine Absicht zurückzutreten bekannt gibt und begründet. Der Landtag ist damit vollzogen.

— Der Dollor hatte am Freitag an der Berliner Börse eine neue Rekordhöhe aufzuweisen (amtlich 6159).

Von Woche zu Woche.

Hauptbemerkungen zur Zeitgeschichte.

Die Reparationsfrage ist wieder einmal in vollem Umfang aufgebrochen. Der Schwerpunkt der Verhandlungen liegt diesmal in Berlin, wo Reparationskommission und Reichsregierung, in- und ausländische Finanzfachverständliche, Parteien und Gewerkschaften aus Mitteln zur Stützung der Markwährung suchen. Die Lage ist ungeheuer ernst. Die Not des Volkes wächst mit jedem Tage. Der Dollor, der vor wenigen Tagen zwischen 4000 und 4500 hin und herpendelte, ist plötzlich auf über 6000 emporgeschossen, und die Mark sinkt immer mehr ins Bodenlose. Jeder vernünftige Mensch sagt sich, daß zur Rettung der Mark unbedingt etwas geschehen muß, wenn wir nicht binnen kurzer Zeit eine Katastrophe erleben sollen. Im Vergleich zu der das Schicksal des österreichischen Ruvervolkes noch ruhig zu nennen ist.

Wie ernst die Lage auf der Gegenseite eingeschätzt wird, das beweist der Entschluß der Reparationskommission, an Ort und Stelle mit der Reichsregierung über die notwendigen Schritte zu beraten. Die Reichsregierung hat den Vertretern der alliierten Staaten bereitwillig alle von ihnen gewünschten Aufklärungen über Deutschlands Wirtschaft und Finanzlage auch in den kleinsten Einzelheiten gegeben. Sie hat auch gegen den Wunsch der Reparationskommission entsprochen, ihr Vorschläge zur Stabilisierung der Mark zu machen.

Die erste Voraussetzung für eine Gesundung der deutschen Wirtschaft wäre die Gewährung einer großen äußeren Anleihe in Goldmark. Ohne äußere Anleihe — zu dieser Erkenntnis dürfte die Reparationskommission während ihres Aufenthaltes in Berlin sicherlich auch schon gekommen sein — sind alle inneren Maßnahmen gegen die Währungsnotlage und zur Behebung unserer Not auf die Dauer unzulänglich, vergebens.

Ebenso wichtig, ja vielleicht noch wichtiger als die Auslandsanleihe wäre eine Milderung der Reparationslasten, die Deutschland durch den Versailler Vertrag und das Londoner Ultimatum auferlegt worden sind. Die trostlose Lage Deutschlands wie auch die Wirtschaftskrisen in den Ententeländern sind ja nur eine Folge der unünftigen Gewaltpolitik von Versailles und London. Nur durch einen Verzicht auf überspannte Reparationsleistungen und durch eine internationale Anleihe kann das Fortschreiten der Markentwertung erfolgreich verhindert werden.

Was Deutschland vorschlägt.

500 Millionen Goldmark Anleihe zur Stützung der Mark.

In den Berliner Verhandlungen mit der Reparationskommission wird man nunmehr aus dem Stadium der einleitenden Besprechungen in die Erörterung konkreter Vorschläge eintreten. Auf Wunsch der Alliierten wird Reichsfinanzminister Frenes einen schriftlich formulierten Vorschlag über die drei Hauptfragen vorlegen, und zwar:

1. über die Maßnahmen zur Stabilisierung der Mark,
 2. über die Behebung der schwebenden Schuld und
 3. über den Ausgleich des deutschen Etats.
- Diese Vorschläge sollen die Grundlage zur Fortsetzung der Aussprache mit den Mitgliedern der Reparationskommission bilden.

Im Mittelpunkt der deutschen Vorschläge steht die Forderung nach einer äußeren Anleihe für Deutschland, die ausschließlich für die Stabilisierung der Mark verwendet werden soll. Die Reparationskommission wird ersucht, die Auslegung dieser Anleihe auf den internationalen Geldmärkten zu gestalten und zu ermöglichen. Die Anleihe ist in einer Höhe von 500 Millionen Goldmark gedacht.

Ob Deutschland jetzt ein mehrjähriges Moratorium beantragen wird, ist noch nicht ganz klar, es steht aber andererseits außer Frage, daß eine Auslandsanleihe unmöglich wäre ohne eine Befreiung Deutschlands von Barzahlungsverpflichtungen für einen längeren Zeitraum, ohne eine Verringerung der Sachleistungen auf das für den Wideraufbau Norddeutschlands unbedingt notwendige Maß und ohne eine wesentliche Herabsetzung der Besatzungskosten.

„Geteilte Verantwortlichkeit.“

Bradbury für „drastische Maßnahmen.“

Der englische Vertreter in der Wiederherstellungsausschuss Bradbury hat in einem Gespräch mit dem Berliner Vertreter der „Chicago Tribune“ erklärt, daß

Deutschland auf eine internationale Anleihe nicht rechnen dürfe, so lange die Mark nicht stabilisiert wäre. Das wäre aber heute eine sehr schwierige Sache. Die Atmosphäre bei den gegenwärtigen Berliner Verhandlungen bezeichnete Bradbury als nicht unähnlich Deutschland konnte

denselben Weg wie Oesterreich

gehen, falls es dem Wiederherstellungsausschuss nicht gelänge, die Ausleihemittel zu finden, durch die eine Stabilisierung der Mark sowie eine Ausgleichung des deutschen Budgets angebahnt werden könnten. Heute ließe die Parität 1: 6000 und Deutschland borge täglich 4 Milliarden Mark von der Reichsbank. Bradbury fuhr wörtlich fort:

„Wir haben in Berlin gefunden, daß der Kaiser und der Finanzminister bereit sind, alle Anstrengungen zu machen, um dem Wiederherstellungsausschuss einen Einblick in die wirkliche Lage Deutschlands zu geben. Wir brauchen diesen Einblick sehr dringend, da es mit ihm allein nicht das deutsche Budget nur durch drastische Maßnahmen wieder ins Gleichgewicht gebracht werden. Diese Maßnahmen wollen wir finden und die Verantwortung für sie zwischen dem Wiederherstellungsausschuss und der deutschen Regierung teilen.“

Im eine Lösung des schwierigen Problems zu erleichtern, hält Bradbury es jedoch unbedingt für notwendig, daß der Wiederherstellungsausschuss seinen ständigen Sitz in Berlin nehme, da er dann viel wirksamer mit der deutschen Regierung zusammenarbeiten könne.

Milliardendefizit der Post.

Portoberdoppelung schon am 15. November.

Der Reichsrat hat die vom Verkehrsminister vorgeschlagene Erhöhung der Postgebühren genehmigt, und zwar sollen die Erhöhungen nicht, wie ursprünglich geplant, erst am 1. Dezember, sondern schon am 15. November in Kraft treten. Weitere wesentliche Erhöhungen der Gebühren stehen bevor.

Der Reichsrat hat sich zu dieser vorzeitigen Erhöhung der Gebühren entschließen müssen, um einem weiteren Answellen des Milliardendefizits bei der Post vorzubeugen. Schon heute, so führte der Berichterstatter der Reichsratsausschüsse aus, sieht sich die Postverwaltung trotz aller Erhöhungen der Gebühren wieder einem Fehlbetrag von 60 Milliarden infolge Steigerung der Ausgaben gegenüber. Eine Erhöhung der Gebühren sei daher nicht zu umgehen. Man habe zur Vermeidung gegriffen, so daß ein Brief im Fernverkehr 12 Mark, die Postkarte 6 Mark kosten sollen. Die Fernspreckgebühren werden verdoppelt. Das telegraphierte Wort soll nunmehr 10 Mark kosten. Bei den Zeitungsgeldern ist im Hinblick auf die große Not der Presse von einer Erhöhung abgesehen, aber die Post will sich dadurch schadlos halten, daß das Zeitungsbefreiungsgeld wieder eingeführt werden soll.

Reichsminister Giesberts betonte, daß die letzten Beschlüsse auf Erhöhung der Beamtenegehälter in diese Kalkulation noch gar nicht einbezogen waren. Zu den erwähnten 60 Milliarden Defizit kämen etwa weitere 100 Milliarden, so daß sich das Endergebnis noch gar nicht errechnen ließe.

Der Briefverkehr geht enorm zurück

und werde sicher weiter zurückgehen, der Fernpostverkehr aber nehme zu. Die Post sei sich klar darüber, daß die abermaligen Erhöhungen der deutschen Wirtschaft den Kampf um das Dasein weiter erschweren müssen, aber sie befände sich in einer Notlage.

Der Minister ersuchte die Vertreter der einzelnen Länder, schon jetzt ihre Regierungen auf die wesentlichen weitere Erhöhungen vorzubereiten. Zu bedenken gibt Anlaß, so bemerkte der Minister weiter, daß mit der Erhöhung der Postgebühren soziale und kulturelle Interessen getroffen werden. Die notwendig werdenden Gebühren werden bezahlt sein, daß sie zum Zusammenbruch großer Organisations-, besonders der sozialen und Wohltätigkeitsorganisationen, führen müssen. Darum werden wir überlegen müssen, ob künftig die Forderung der rein wirtschaftlichen Bilanzierung des Etats aufrechtzuerhalten ist oder nicht.

Der Postauswuchs des Reichstags hat am Freitag den neuen Erhöhungen der Postgebühren zugestimmt. Reichsminister Giesberts erklärte mit, ein Teil des Fehlbetrages sei durch Vereinfachungsmaßnahmen im Personal und im Betriebswesen ausgeglichen worden. So war es nämlich, durch Verringerung des Beamtensubsidiums eine Kürzung der Ausgaben um drei Milliarden Mark zu erzielen. Auch seien bereits 16 000 Hilfskräfte entlassen worden. Die Aussicht auf eine weitere Minusausgabe eröffne sich durch die im Gange befindliche Abgabe von entbehrlichen Beamten verschiedener Besoldungsgruppen an andere Verwaltungen.

Politische Rundschau.

— Berlin, 4. November 1923.

Beim Reichstagsabend fand aus Anlaß der Anwesenheit der ausländischen Botschaften ein Bierabend statt.

Der neue deutsche Botschafter in Ausland, Graf Brodorski-Raupach, ist in Moskau angekommen.

Der Gesandtschaftsrat der Preussischen Oberrechnungskammer und des Rechnungswesens des Deutschen Reiches in Potsdam, Geheimrat v. Holz, tritt in den Ruhestand. In seine Stelle tritt der frühere preussische Finanzminister Schmidt.

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat die gegen die Auflösung der Zugsobereinsicht der Knappenshaft in Kassel eingelegte Beschwerde verworfen.

Die Zurückziehung der Interalliierten Militärkontrollkommission. Die Meldung von einer Einigung der alliierten Beobachtungsorgane der Entente in Deutschland wird jetzt amtlich bestätigt. Wie von zuständiger Seite berichtet wird, sind die Regierungen von Frankreich, England, Italien, Belgien und

Japan auf ihren der Reichsregierung im April d. J. gemachten Vorschlag zurückgekommen, die gegenwärtigen zur Überwachung der besetzten militärischen Besatzungen des Vertrages von Versailles bestehenden Interalliierten Militärkontrollkommission zurückzuziehen und durch ein bedeutend weniger zahlreiches militärisches Garantiekomitee zu ersetzen, dessen Kosten die genannten Regierungen zu tragen hätten. Vorbereitungen für die Zurückziehung dieses Vorschlages ist, daß die endgültige Durchsicht mehrerer die Entwaffnung Deutschlands betreffenden Fragen sichergestellt ist. Die Reichsregierung hat sich bereit erklärt, über diesen Vorschlag in Verhandlungen einzutreten unter der Voraussetzung, daß durch diese Verhandlungen die Befreiung der Besatzung Deutschlands auf die im Friedensvertrag dem Vertrag des Völkerbundes eingeräumten Befugnissen vor

Der kaiserliche Brauflund. Der „Nachwuchs“ dieser Tage berichtet, der ehemalige Kaiser habe seiner zukünftigen Gattin einen Brauflund in Wert von 800 Millionen Mark anfertigen lassen. Von anderer Seite wurde hiergegen erklärt, daß es sich nicht um ein neues, sondern um ein bereits im Besitz des ehemaligen Monarchen befindliches Schmuckstück handle, das allerdings eine Fassung erhalten und zu diesem Zwecke bei Berliner Juwelieren in Arbeit genommen sei. Wie weiter verlautet, soll es sich um die sogenannten „schleisschen Diamanten“ handeln. Das ist ein muntervoller Brillantenschmuck, den die verstorbenen Kaiserin von der Provinz Schlesien und den schlesischen Ständen, also dem reichen schlesischen Adel, zu ihrer Hochzeit mit dem damaligen Prinzen von Preußen erhalten hatte. Diesen Schmuck hat der Kaiser jetzt als Hochzeitsgeschenk für seine Braut bestimmt. Der sozialdemokratische Parteivorstand des Reiches hat diese Angelegenheit zum Gegenstand einer Anfrage im Reichstag gemacht, und zwar erfindet er sich danach, ob die zuständige Regierungsstelle die Genehmigung zur Ausfuhr dieses Reichsbesitzes erteilt hat und ob in diesem Falle die Hinterlegung einer entsprechenden Kaution verlangt worden ist. Ferner fragt er, ob die Reichsregierung, wenn um die Ausfuhr genehmigung nicht ersucht wurde, Auskunft über den Besitz des Schmuckstückes erteilen kann und welche strafrechtlichen Maßnahmen die Regierung zu ergreifen gedenkt, wenn dieses große Wertobjekt ohne Ausfuhrerlaubnis über die Grenzen des Reiches gebracht würde.

Die tschechoslowakischen deutschen Wirtschaftshandlungen in Dresden, welche am 30. Oktober begannen, schreiten rasch vorwärts und hatten bisher einen für beide Teile befriedigenden Verlauf. Es wurde die Frage der Währungsverhältnisse der deutschen Kreditversicherungsanstalten, die in der tschechoslowakischen Republik betreiben, eingehend durchberaten. Die Beratung wird wahrscheinlich in den nächsten Tagen geschlossen werden.

Mandatverringering im braunschweigischen Parlament. Dem braunschweigischen Landtag ist ein Initiativantrag Hampe (bürgerl. Vereinigung) zur Änderung der braunschweigischen Verfassung vorgelegen. Danach soll die Landesversammlung künftig nur aus 36 Abgeordneten bestehen. Ein Antrag Müller (D. Pkt.) fordert die Herabsetzung der Zahl der Abgeordneten von 60 auf 40.

Vor der Entscheidung in Sachsen. Am 5. November finden die Neuwahlen zum sächsischen Landtag statt. Bisher waren Bürgerliche und Sozialisten fast gleich stark (47:49) vertreten. 20 Deutschnationalen, 18 Deutschen Volksparteier, 3 Demokraten und 1 Zentrumsgewordener fanden 27 Sozialdemokraten, 13 Rechtsunabhängige und 9 Kommunisten gegenüber. Die Kommunisten bildeten das Ärgste in der Lage. Sie haben auch den Ausschlag gegeben, als über das Volksbegehren über die Auflösung des Landtags abgestimmt wurde. Der Wahlkampf wird von bürgerlicher wie von sozialistischer Seite mit großer Energie geführt.

Rundschau im Auslande.

Bei den Gemeindefällen in Belgien und Flandern im früheren österreichischen Teile von Schlesien wurde eine starke deutsche Mehrheit gewählt. Aber um das Gebiet irrt sich vor dem Obersten Rat Polen und Tschechen.

Die österreichische Regierung will auf Grund einer Vereinbarung mit dem Völkerbund insgesamt 100 000 Beamten des Staates entlassen. Oesterreich hat gegenwärtig insgesamt 250 000 Staatsbeamte bei einer Bevölkerung von sechs Millionen Menschen.

Der Ministerrat im Haag hat beschlossen, die tschechische Arbeitszeit für die Post-, Telegraphen- und Telephonanstalten um anderhalb Stunden zu verlängern.

Polen hat die Einreise der Mitglieder des russischen Roten Kreuzes nach Warschau gestattet.

Bei den englischen Gemeindefällen hat die Arbeiterpartei in den Londoner Kreisen allein 200 Sitze verloren.

In Washington hat die Gemischte Kommission zur Regelung der deutsch-amerikanischen Ansprüche ihre Geschäftsabteilung abgegeben.

Italien: Mussolini „Segeisterter“. Der Ministerrat hat auf Mussolinis Vorschlag beschlossen, am 4. November ein Stagesfest zu geben. In Rom sollen der König und alle hohen Staatsbeamten an den festlichen Feiern teilnehmen. Sämtliche Mitglieder der Regierung werden alsdann in geschlossenem Zuge sich vor dem Nationaldenkmal begeben, um dort eine Hymne zu singen, die Mussolini angedichtet hat, alle Glorien Italiens zur Erinnerung an den Sieg eine halbe Stunde lauten sollen.

Griechenland: Exzibit Konstantin vor dem Kriegsgericht. Der frühere König Konstantin, der für den Zusammenbruch in Kleinasien verantwortlich gemacht wird, ist verurteilt worden, vor dem Untersuchungsamt zu erscheinen, widrigenfalls er mit der ersten Gruppe der angeklagten Minister vor Kriegsgericht in Anwesenheit abzurecht werden soll.

Soziales.

Einigung im Bankgewerbe. Der Kartellvertrag im Bankgewerbe wurde durch eine Vereinbarung zum Abschluß gebracht, die für den Monat Oktober eine Verdoppelung der Scheckstrichsätze vom 12. Oktober vor

**Trauringe, Uhren
Gold- und Silberwaren**
in größter Auswahl
zu billigen Preisen.



Hermann Rogan,
Gold- und Silberschmied.
Eigene Werkstatt.
Cassel, Bahnhofstraße 14.

Verloren!
Kleintrentnerin

verlor am Dienstag, 31. Oktober,
nachm., auf Bahnhof Molsfeld
eine schwarze Tasche mit etwa
800 Mk. Inhalt.
Der ehrliche Finder wird her-
lichst gebeten, seine Adresse in der
Geschäftsstelle d. H. anzugeben.
Gute Belohnung wird zugesichert.

Weiche mit
Henko
die
Wäsche
ein!

Henko, Henkel's
Wasch- und Bleich-Soda;
altbewährt für Wäsche
und Hausputz.

Aloinige Hersteller:
**HENKEL & CIE.,
DÜSSELDORF.**

Offene Beine

Krampfaderleiden,
Geschwüre, Salztuf, Flech-
ten usw. behand. ohne Oper-
ation u. ohne Berufsstörung

Habermann,
Heilpraktik f. Veinleiden
Cassel, Weihenburgstr. 5
Gefe Hohenzollernstraße
Sprechst. 9-1 und 8-6
Sonntags 10-1
20jähr. Erfahrung.
Glänzende Dauererfolge.



Ueberall erhältlich.

Ueberall erhältlich.

Neue und gebrauchte
**Oefen, Herde
Kessel**
empfiehlt
Richard Mohr



**Bestempfohlenes
Uhren- und Goldwaren-
Geschäft**
WILHELM KEIM
UHRMACHER
Leistungsfähige Werkstatt
Ankauf von Gold und Silber

Mädchen

für alle Hausarbeiten nach Berlin gesucht. Meldungen bei
Hugo Munzer
Buchdruckerei.

Geschlechtsleidende!

Behandlung ohne Quecksilber, ohne giftige Ein-
spritzung, ohne Berufsstörung, aufklar, Brustkreuz
m. tanz, freiwill. Dankschreiben, aber 1) Harn-
röhrenleiden (Austausch), 2) Syphilis, 3) Mannes-
schwäche, 4) Weiblich Kostentum in verschloss.
Helferanschlag ohne Aufschlag, gegen Rück-
zahlung von Mk. 18.- für Porto etc. etc.
Leiden genau angeben!
Dr. m. d. H. S e e m a n n, G. m. b. H.
Sommerfeld N.-L.

Als Verlobte grüßen:
**Magdalena Schneider
Albert Westerburg**
Staatlicher Forstreferendar

Forsthaus Lammberg, d. 4. November 1922

Wie schlau



habe ich das fertig gebracht, daß ich mir heute schon
meine Weihnachtsgeschenke in **Friedmann's Uhren-
handlung** besorgt habe. Ganz erstaunt war ich
über die vorteilhaften Preise, die ich dort noch ge-
funden habe.

**Uhren und Schmuckwaren
für Herren und Damen**
Praktische Geschenke aller Art!
sowie reiche Auswahl in
Lederwaren
Trauringe, Brillen

Friedmann's
Uhrenhandlung und Reparaturwerkstatt

Gelegenheitskauf.

Rucksäcke, Marktaschen, Akten-
taschen, Geldscheintaschen
Gummibälle
Richard Mohr.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag den 5. November 1922.

21. Sonntag nach Trinitatis

Reformationsfest.

Gottesdienst in:

Spangenberg:

Vormittags 10 Uhr: Pfarrer Schönemald.

Elbersdorf:

Vormittags 10 Uhr: Segelottesdienst.

Schnellrode:

Nachmittags 1 Uhr: Pfarrer Schönemald.

Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Es wird zur Behebung von Zweifeln darauf hinge-
wiesen, daß für die Berechnung des Steuerabzugs vom
Arbeitslohn bzw. der zulässigen Ermäßigungen der bei der
vorjährigen Personenaufnahme vom 10. Oktober
1921 festgestellte Familienstand der Arbeitnehmer bis zum
31. Dezember 1922 maßgebend bleibt. Der bei der dies-
jährigen Personenaufnahme festgestellte Familien-
stand ist erst für den Steuerabzug im Kalenderjahr 1923
maßgebend. Änderungen auf den Steuerbilchern kommen
also nicht in Frage.

Finanzamt Melsungen.

**Rechnungen für Stadt und Gesamtschul-
verband.**

Die Zulassung zu Lieferungen oder sonstigen Leist-
ungen für Stadt und Gesamtschulverband ist u. a. an
folgende Bedingung geknüpft:

Die Rechnung ist innerhalb einer Woche nach Aus-
führung der Lieferung usw. einzurichten. Wer sie
später vorlegt, hat keinen Anspruch darauf, daß die Rechnung
vor Ablauf eines Vierteljahres, vom Tage nach der Ein-
reichung an gerechnet, beglichen wird.

Spangenberg, den 31. Oktober 1922

Der Bürgermeister und Schulverbandsvorsteher
Schier

Ämtlicher Teil.

Die Verfütterung von Brotgetreide

und Mehl aus Brotgetreide sowie die Vereitung von
Futtermitteln daraus sind verboten. (Siehe Nr. 246 des
Melsf. Tagebl. v. 19. 10. 22.)

Spangenberg, den 21. Oktober 1922.

Die Polizeiverwaltung

Schier.

Berühren der elektrischen Leitungen

mit Lebensgefahr verbunden.

Polizei-Verwaltung.

Milchversorgung.

Die Milchversorgung der Säuglinge und Kranken der
Stadt ist äußerst gefährdet. Es ist nicht einmal möglich,
die adernotwendigsten Mengen Milch aufzutreiben. Die
Folgen sind unvorstellbar. Die Milchzeuger, die sich der
Pflicht gegenüber ihren Mitmenschen entziehen, haben eine
fürchtbare Verantwortung auf sich.

An die Milchzeuger ergeht hierdurch die dringende
Aufforderung, die Versorgung der Säuglinge und Kranken

sicherzustellen. Insbesondere wird aber auch an den
Bauernbund die Bitte gerichtet, eine Lösung der brennen-
den Frage herbeizuführen.

Spangenberg, den 30. Oktober 1922.

Der Bürgermeister,
Schier.

Ausgabe der Brotkarten

Montag, den 6. November, vormittags 9 Uhr im
Ratsstellers.

Die Karten werden nur an Angehörige des betreffen-
den Haushalts ausgehändigt.

Spangenberg, den 3. November 1922.

Der Bürgermeister,
Schier

Sprechtag für Kriegsbeschädigte usw.

Der Versorgungssprechtag für den Monat November
für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen
fällt aus.

Melsungen, den 23. Oktober 1922.

Ämtliche Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegs-
hinterbliebene für den Kreis Melsungen.

Frauen-Qual.

Jetzt wird

ihnen geholfen

bei Störungen u. Stockungen ver-
wenden sie meine Spezialmittel!
1000de Erfolge,
vielfach in einigen Stunden, oder
nächsten Tage, schmerzlos, ohne
Berufsstörung, unschädlich, mit

Garantie-Schein

Teilen Sie mir mit, wie lange Sie
klagen. Diskreter Versand.

Fr. Mertens, Dortmund
Schwanenwall Nr. 13

Zahn-Praxis

Paula Nienhaus

Gasthaus

„Stadt Frankfurt“

Sprechstunden:

Täglich von 8-6 Uhr

Sonntags v. 9-11 Uhr